

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 27. September 1968

Blatt 2823

## Symposium für Multiple Sklerose in Wien

=====

27. September (RK) In der neurologischen Abteilung des Altersheimes der Stadt Wien - Lainz findet heute und morgen ein Symposium über aktuelle Probleme der Multiplen Sklerose statt. Das Symposium wird von der neurologischen Abteilung im Auftrag der "Research Group for Multiple Sclerosis", der Weltvereinigung für Neurologie unter der Leitung von Professor Dr. Walter Birkmayer veranstaltet. Das Symposium beschäftigt sich mit drei großen Gruppen: nämlich der "Morphologie und Pathogenese" unter dem Vorsitz von Professor Dr. Seitelberger, Wien, der "Klinischen Forschung" unter dem Vorsitz von Professor C. Steffen, Wien, und der "Prognose, Therapie und Rehabilitation" unter dem Vorsitz von Professor Dr. T. Fog, Kopenhagen.

In seiner Begrüßungsadresse gab Professor Dr. Birkmayer seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß dieses Internationale Symposium über aktuelle MS-Probleme in Wien stattfindet und daß sich Ärzte aus der ganzen Welt zur Teilnahme gemeldet haben. Sinn und Zweck des Internationalen Symposiums ist der persönliche Austausch von Informationen. Wien wurde von der Weltvereinigung zum Treffpunkt gewählt, weil seit Jahren an den Problemen der Multiple Sklerose-Forschung an der Klinik Prof. Dr. Hoff, am Neurologischen Institut von Prof. Dr. Seitelberger wie auch auf der Sonderstation für chronisch Erkrankte im Altersheim der Stadt Wien gearbeitet wird.

./.

In Vertretung des Bürgermeisters überbrachte Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück die Grüße der Stadt Wien und betonte, es erfülle ihn mit besonderer Freude, daß das Symposium heuer in der österreichischen Bundeshauptstadt abgehalten wird. Er erblicke darin auch eine Anerkennung für die Leistungen der Wiener Wissenschaftler auf dem Gebiet der Multiplen Sklerose. Stadtrat Dr. Glück gab seiner Genugtuung über die rechtzeitige Fertigstellung der Sonderabteilung Ausdruck, die die Patienten auf viele Monate, oft sogar auf Jahre aufnimmt und betreut und den hier tätigen Ärzten die Möglichkeit gibt, spezielle wissenschaftliche Arbeiten zu leisten. Das umfangreiche wissenschaftliche Programm des Kongresses beweist, wie intensiv sich Ärzte und Forscher aus aller Welt mit der Multiplen Sklerose beschäftigen.

- - -

Noch zwei Tage Zagreb-Ausstellung im Künstlerhaus  
=====

27. September (RK) Noch zwei Tage haben die Wiener Gelegenheit, die große repräsentative Ausstellung "Zagreb - Stadt der Jugend" im Wiener Künstlerhaus zu besuchen. Die Ausstellung schließt Sonntag, den 29. September, um 19 Uhr, endgültig ihre Pforten. Sie ist bis dahin täglich von 9 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich.

- - -

Wiener Landtag

=====

27. September (RK) Vorsitz: Landtagspräsident Dr. Stemmer.

Anfrage (FPÖ): Wohnbauförderungsgesetz 1968. (Wird bei Sitzungsschluß verlesen.) Antrag (ÖVP): Novellierung des Dienstrechtes der städtischen Beamten (Wird zugewiesen).

Ersatzleistungen bei Karenzurlaub

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) referiert über einen Gesetzentwurf, mit dem das seit 1961 in Kraft stehende Gesetz über Ersatzleistungen an weibliche städtische Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft geändert werden soll. Da das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, auf dem das Wiener Landesgesetz basiert, vom Parlament im vergangenen Jahr novelliert wurde, soll mit dem vorliegenden Entwurf das Landesgesetz dem Bundesgesetz wieder angeglichen werden. Die Änderungen betreffen in der Hauptsache eine Erhöhung des Mindestbetrages von 400 auf 500 Schilling monatlich und die Erhöhung der Einkommensgrenze auf 3.125 Schilling.

Abg. Karger (KLS): Die KLS werden dem Antrag zustimmen; die Änderungen seien jedoch unbefriedigend, weil die Staffelung bedeutet, daß Mütter mit geringerem Einkommen nur niedrige Ersatzleistungen erhalten. Gerade die Bedürftigsten werden weiterhin keinen Karenzurlaub anstreben können. Das Karenzurlaubsgeld sollte einheitlich etwa in doppelter Höhe festgelegt werden.

Außerdem: die in der Novelle vorgesehenen Erhöhungen der Beträge stehen in keiner Relation mit den seit 1961 um 50 Prozent gestiegenen Löhnen und Preisen. Der Mindestbeitrag wird aber nur um 25 Prozent erhöht. Die Einkommensgrenze mußte ganz entfallen. Man sollte versuchen, für Wien eine weitergehende Regelung zu erreichen, auch wenn der Bund Einspruch erheben würde

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik im Schlußwort: die Bundesregierung müsse gar nicht Einspruch erheben; das Gesetz könne auch dann nicht wirksam werden, wenn keine Zustimmung gegeben wird.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Änderung des Aufzugsgesetzes

Berichterstatter Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ): Durch das Bundesverfassungsgesetz 1962 sei für die einzelnen Länder die Verpflichtung erwachsen, die Rechtsvorschriften an die neue verfassungsrechtliche Lage anzupassen. Das Bundeskanzleramt hat die Notwendigkeit aufgezeigt, einzelne Verordnungsermächtigungen des Wiener Aufzugsgesetzes abzuändern.

Das Gesetz wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Dringliche Anfrage der FPÖ

Abg. Dr. Schmidt führt zur Begründung der Dringlichkeit aus, das Wohnbauförderungsgesetz 1968 habe den Ländern die Aufgabe übertragen, die unerledigt gebliebenen Anträge auf Fondshilfe im eigenen Wirkungskreis zu erledigen. Das Land Wien habe vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 161 Akten zur Erledigung übermittelt bekommen. Darunter befanden sich 108 Anträge privater Darlehensnehmer, die vom Wohnbauförderungsbeirat verworfen wurden. Von dieser negativen Entscheidung seien 5.163 Wohnungswerber betroffen. Der Wiener Landtag hat die Verpflichtung, diese Vorfälle sofort zu besprechen.

Der Anfrage wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

(Ende Landtag)

- - -

Die Stadtverwaltung hat eine vorbildliche Einrichtung geschaffen

=====

Ergänzender Bericht des MS-Symposiums

27. September (RK) Ehe Gesundheitsstadtrat Dr. Glück den Kongreß für eröffnet erklärte, unterstrich Professor Doktor Hans Hoff, daß die Wiener Stadtverwaltung in der Sonderabteilung für chronisch Kranke im Altersheim Lainz eine nicht nur vorbildliche, sondern international nicht übertroffene Einrichtung geschaffen habe. Dies sei wohl auch der Grund, warum - wie er meine, zum erstenmal in der medizinischen Geschichte - ein wissenschaftlicher Kongreß in der Abteilung des Altersheimes abgehalten werde. Daß man sich überhaupt für Wien entschieden habe, liege freilich auch an der unermüdlichen Forschungsarbeit der Wiener Professoren, Dr. Birkmayer und Dr. Seitelberger, die die Multiple Sklerose-Forschung unter nicht immer sehr glücklichen Voraussetzungen weit vorangetrieben haben. Immerhin gibt es nahezu 1,5 Millionen Menschen, die an dieser furchtbaren Krankheit leiden.

Gesundheitsstadtrat Dr. Glück wird morgen nachmittag die am Kongreß teilnehmenden Wissenschaftler bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung der Stadt Wien auf dem <sup>K</sup>ahlenberg als Hausherr begrüßen.

- - -

## Gemeinderat

=====

27. September (RK) Vorsitz: Bürgermeister Marek. Anfragen: KLS fünf, FPÖ eine, ÖVP vier.

Anträge: KLS, "Errichtung von Wetterschutzhütten im Lainzer Tiergarten". ÖVP, "Ergänzung des Regulativs über Schülerfreikarten", "Aufstellung eines Lärmschutzplanes" und "bessere Kennzeichen der Umleitungen".

Neuer Gemeinderat

Anstelle von Gemeinderat Laš wurde Gemeinderat Josef Michalica (SPÖ) in den Gemeinderat berufen und angelobt.

Dem scheidenden Gemeinderat Laš dankt Bürgermeister Marek für seine Tätigkeit.

Bericht über CS-Hilfe

Stadträtin Jacobi (SPÖ) gab einen umfassenden Bericht über die Hilfsmaßnahmen für CS-Touristen. Von den 102.000 in ganz Österreich erfolgten Übernachtungen entfielen 90 Prozent auf Wien. Quartiere haben zur Verfügung gestellt: Der Österreichische Gewerkschaftsbund fünf Heime mit 253 Betten, die Kinderfreunde vier Heime mit 210 Betten, Jugend am Werk zwei Heime mit 49 Unterbringungsmöglichkeiten, ein Heim der Volkshilfe mit 29 Betten und einem großen Campingplatz für 1.500 Personen, drei Obdachlosenheime der Stadt Wien mit 190 Betten. Die Caritas stellte 1.900 Übernachtungsmöglichkeiten, das Rote Kreuz in elf Lagern 4.940 Liegestätten. Als der Ansturm besonders groß wurde, schuf man in der WIG-Halle, in Schulräumen, in der B-Halle der Stadthalle und im Arsenal weitere tausende Plätze. Familien mit Kleinstkindern wurden im Mutter-Kind-Heim und in einem weiteren Heim untergebracht.

Man hat versucht, den Leuten das Leben in den Lagern durch verschiedene Maßnahmen zu erleichtern. So konnten sie die städtischen Brausebäder besuchen, Ambulanzen in den Spitälern standen ihnen zur Verfügung und alle Lager wurden ärztlich betreut. Die Ärzte standen Tag und Nacht freiwillig im Einsatz. So ist es gelungen, Epidemien zu verhindern. Die Stadt Wien stellte außerdem 2.500 Leintücher und 1000 Decken zur Komplettierung der einzelnen Lager zur Verfügung. ./.

Die Betreuung der Lager erfolgte durch das Rote Kreuz, die Feuerwehr und andere freiwillige Helfer. Mit Stand vom 25. September sind in ganz Österreich noch 5427 tschechoslowakische Staatsbürger gemeldet. Zum größten Teil warten sie auf ein Visum für das Ausland. Die Erledigung dieser Ansuchen dauert zwischen zwei bis vier Wochen. Jene, die in Österreich bleiben wollen - bis gestern waren es insgesamt 1.653 Asylwerber - haben zum größten Teil bereits einen Arbeitsplatz gefunden.

Für das von der WÖK zur Verfügung gestellte Essen sind bisher Kosten von 2,4 Millionen aufgelaufen, die zur Verfügung gestellten Fahrscheine repräsentieren einen Wert von 198.000 Schilling, für die Miete diverser Unterbringungslokale wurden 687.000 Schilling ausgegeben und an Aushilfen durch die Fürsorge 62.000 Schilling. Das Aktionskomitee hat bisher 604.000 Schilling aufgewendet, das Rote Kreuz 2,1 Millionen, die Caritas 692.000, das Innenministerium 645.000. Insgesamt wurden bisher also 7,5 Millionen aufgewendet.

Bürgermeister Marek dankte allen den vielen Helfern und vor allem Stadträtin Jacobi, deren spontaner Einsatz diese Hilfsmaßnahmen möglich machte. (Allgemeiner Beifall.)

In den Gemeinderatsausschuß VI (Bauen) wird GR. Elisabeth Schindler (SPÖ), in den Ausschuß VII (Baubehörde) wird GR. Michalica (SPÖ) gewählt; in den Überwachungsausschuß der Krankenfürsorgeanstalt der städtischen Bediensteten wird GR. Lehner (ÖVP) gewählt.

#### Schülerfreikarten

GR. Gawlik (SPÖ) referiert über die Änderung des Regulativs für Schülerfreikarten. Diese Änderung ist unter anderem durch die Tarifreform notwendig geworden.

GR. Peter (FPÖ) gibt bekannt, daß seine Fraktion zustimmen werde. Er legt einen Zusatzantrag vor, mit dem in das Regulativ auch Schüler einbezogen werden sollen, die eine öffentlich bildende höhere Schule besuchen.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) behandelt die Geschichte des Änderungsantrages betreffend das Regulativ. Durch das ungerechtfertigte Einfügen eines Zusatzes von Stadträtin Dr. Schaumayer auf dem Geschäftsstück sei eine Verzögerung entstanden.

Der Redner verwarft sich gegen die Verwirrung, die in verschiedenen Pressemeldungen in dieser Sache gestiftet wurde, und stellt fest, daß die Ermäßigung allen Wiener Kindern wie bisher auch in Zukunft uneingeschränkt gewährt wird. Bei dem Regulativ handelt es sich lediglich um von der Schulbehörde festgestellte Fälle, wenn die Schüler entweder genötigt werden müssen, außerhalb ihres Schulsprenghs eine Schule zu besuchen, oder der Schulsprengh selbst übermäßig groß ist.

Der Redner berichtete abschließend, daß bei ihm ein Pfarrer erschienen sei, der einen von GR. Glatzl (ÖVP) unterzeichneten Brief vorwies. In diesem Brief war der Geistliche aufgefordert worden, gegen die angebliche Benachteiligung der Schüler konfessioneller Schulen zu protestieren. Dr. Stemmer beschuldigte Dr. Glatzl, dem Geistlichen eine unwahre Information gegeben zu haben, um auf diese Weise ein politisches Geschäft zu machen.

In seinem Schlußwort verwarfte sich GR. Gawlik (SPÖ) gegen diese Brunnenvergiftung durch die ÖVP.

Der Zusatzantrag der FPÖ wird abgelehnt. Das Regulativ wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

#### Heilquelle Ober-Laa

Über die Nutzung der Heilquelle in Ober-Laa referierte GR. Hasenkopf (SPÖ). Das geplante Provisorium, dessen Errichtung zwei Millionen Schilling kosten wird, soll aus einem viermal sechs Meter großen Bewegungsbecken, fünf Wannen und entsprechenden Räumlichkeiten bestehen.

GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) führt unter anderem an, daß das mit 53 Grad austretende Thermalwasser eine Schüttung von täglich drei Millionen Liter aufweist. Der Ausbau der Quelle zu einem Heilbad werde sicherlich auch dem Wiener Fremdenverkehr nützlich sein.

Das Ober Laaer-Wasser wird bei vielen Erkrankungen heilbringende Wirkung haben. Er hoffe, daß das Provisorium nicht das österreichische Schicksal erlebe, Dauerzustand zu werden.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) unterstrich, daß Wien die große Chance habe, dem schlechten Ruf der Kurorte-Therapie entscheidend entgegenzuwirken. Nicht die Wirtschaft dürfe im Vordergrund stehen. In erster Linie müsse der Wissenschaft gedient werden. Das Provisorium ist gerechtfertigt, weil man noch nicht genau wisse, wie das Wasser wirkt. Wenn sich aber einmal rund um das Heilzentrum der von der Stadt Wien zu schaffende Heilgarten erstreckt, kann das Zentrum am südlichen Laaer Berg als internationale Attraktion bezeichnet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Gewerbe-Kreditaktion

VBgm. Slavik (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Kreditrahmens um 15 Millionen Schilling auf 200 Millionen, für die im Jahr 1959 geschaffene Kreditaktion für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe.

GR. Jodlbauer (SPÖ) regte an, die Höchstkreditsumme von 100.000 Schilling auf 130.000 bis 150.000 Schilling zu erhöhen, weil der Baukostenindex wiederholt gestiegen ist.

VBgm. Slavik sagte eine Überprüfung der Anregung zu.  
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Schubert-Geburtshaus

GR. Ascherl (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Baukosten für die Wiederinstandsetzung des Schubert-Geburtshauses in der Nußdorfer Straße. Er begründete dies mit den mangelhaft vorhandenen gewesenen Bauplänen und der Notwendigkeit, im Verlauf der Freilegungsarbeiten die ursprünglichen alten Formen des alten Hauses wiederzufinden. Überdies hätten sich Mauerunterfangungen und die Ablöse zweier Geschäfte als notwendig erwiesen.

Der Berichterstatter beantragte, den Sachkredit für die Instandsetzung um 1,350.000 Schilling auf 3,800.000 Schilling zu erhöhen.

GR.Gawlik (SPÖ): Wir wollen dieses Haus wieder so wie zu Schuberts Zeiten entstehen lassen. Im Inneren soll wieder die Atmosphäre des Wiener Biedermeiers geschaffen werden. Wir hoffen dadurch auch die Schubertiaden wieder zu beleben. Wir freuen uns, daß hier ein Stück liebes altes Wien im neuen Glanz neu entsteht. (Beifall der SPÖ.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### Erweiterung einer städtischen Wohnhausanlage

Berichterstatter Ing.Hofmann (SPÖ): Auf Grund von zusätzlichen Absiedlungen ist es möglich, mehr Wohnungen im zweiten Bauabschnitt der Wohnhausanlage 21, Großfeldsiedlung unterzubringen. Dazu ist es nötig, den Sachkredit um 44,1 Millionen auf 286,9 Millionen Schilling zu erhöhen.

GR.Bittner (OVP): Es geht darum, den Wohnwert dieses Gebietes zu erhalten und zu erhöhen. 450 bis 500 Wohnungen dürften bereits besiedelt sein. Das bedeutet, daß mehr als 1000 Menschen neu in diesem Gebiet wohnen. Diese sind darüber enttäuscht, daß die Verkehrsverhältnisse noch sehr unzulänglich sind. Auch die Telefonmisere erschwert das Leben. Es ist dringend geboten, durch ein öffentliches Verkehrsmittel dieses Gebiet zu erschließen. Es wird wahrscheinlich nicht zu umgehen sein, daß die durch die Schnellbahntrasse getrennten Siedlungen durch eine Unterführung verbunden werden. Heute sind diese Siedlungen völlig abgeschnittene Gebiete.

Im Schlußwort erklärt Hofmann, die gewünschte Unterführung sei bereits in der Planung einbegriffen. Den Wünschen nach Schaffung eines Massenverkehrsmittels und Abstellung der Telefonmisere schließe er sich an.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

### Adaptiertes Schulgebäude

GR. Ing. Hofmann (SPÖ): Antrag über Durchführung von Instandsetzungsarbeiten an einem ehemaligen städtischen Schulgebäude im 15. Bezirk, Viktoriagasse 6 (Kostenaufwand: drei Millionen Schilling). Das Gebäude muß vor seiner Weiterverwendung adaptiert werden.

GR. Pelzelmayr (ÖVP): Wie bekannt wurde, sollen zwei oder drei Stockwerke dieses Gebäudes den "Naturfreunden" zur Verfügung gestellt werden. Da es sich dabei um eine sozialistische Institution handelt und deshalb keine Steuergelder dafür aufgewendet werden dürften, hat die ÖVP im Bauausschuß und im Stadtsenat gegen diesen Antrag gestimmt; auch jetzt wird sie ihre Zustimmung versagen.

Schlußwort: Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, alte Objekte zur Neuverwendung herrichten zu lassen; eine der alten Schulen zum Beispiel wurde für eine Bezirksorganisation der ÖVP adaptiert. Was die "Naturfreunde" betrifft: Hier ist ausgleichende Gerechtigkeit notwendig, da dieser Verein, dessen Bedeutung unbestritten ist, in den letzten Jahren vom Bund immer weniger unterstützt wird. Tatsache ist, daß die Subvention seitens des Verkehrsministeriums für die "Naturfreunde" von 932.000 Schilling (1966) auf 200.000 Schilling in den Jahren 1967/68 reduziert wurde.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und KLS angenommen.

### Tankerreinigungsanlage

GR. Jodlbauer (SPÖ): Der Probetrieb bei der im Vorjahr fertiggestellten und der Hafенbetriebsgesellschaft übergebenen Tankerreinigungsanstalt im Hafen Lobau hat ergeben, daß die Anlage alle Anforderungen erfüllt. Durch Ergänzungsanlagen und zusätzliche Einrichtungen könnte aber eine Steigerung der Rentabilität erreicht werden.

./.

Dafür wurden 4,1 Millionen Schilling beantragt. Da diese Bauten von der Hafetriebesgesellschaft durchgeführt werden sollen, ist außerdem der Abschluß eines Vertrages mit dieser Gesellschaft notwendig.

GR. Bednar (SPÖ): Es handelt sich vor allem um Einrichtungen, die die Reinigung der Tankschiffe auch im Winter möglich machen. Damit soll die Wirtschaftlichkeit der Tankerreinigung erhöht und eine Verminderung der Stehzeit der Schiffe erreicht werden.

Für die Tankerreinigungsanlage besteht bei Firmen des In- und Auslandes großes Interesse. Vom Beginn der Inbetriebnahme (Mai) bis heute konnten bereits Einnahmen von einer halben Million Schilling erreicht werden.

Außerdem wird bald die Verwirklichung eines neuen Projektes notwendig: der Bau einer Schlammverbrennungsanlage. Der aus den Tankern entfernte Ölschlamm muß vernichtet werden; die bisherige Ablagerung des Schlammes seitens der Tankstellen und anderer Betriebe bringt große Gefahren der Grundwasserverseuchung mit sich. Eine solche Verbrennungsanlage könnte in der Lobau errichtet werden.

Der Redner beschäftigte sich dann mit dem Container-Problem. Immer häufiger trifft man in Wien Container-Züge. Der Hafen Wien hat sich mit allen in Betracht kommenden Stellen in Verbindung gesetzt und großes Interesse bei der Wirtschaft gefunden. Noch ist die Standortfrage für den Container-Umschlagplatz nicht entschieden, doch wird er sicher in unmittelbarer Nähe des Wiener Hafens zu situieren sein.

Seit dem Jahr 1947 wird das Donauhafenkonzept konsequent verfolgt und immer wieder auf den letzten Stand gebracht. Seit fünf Jahren wird der Wiener Hafen systematisch aufgebaut, in Blickrichtung auf den Zeitpunkt, zu dem die Rhein-Main-Donau-Verbindung fertiggestellt sein wird.

#### Sportzentrum

GR. Rösner (SPÖ) beantragte eine Umgestaltung der drei in der Schule Großfeldsiedlung vorgesehenen Turnsäle und eine damit verbundene Kostenerhöhung um 1,740.000 Schilling. Durch Verwendung hochziehbarer Faltwände sollen die drei Turnsäle in ein Sportzentrum mit internationalen Ausmaßen verwandelt werden können.

GR. Ascherl (SPÖ): Die riesige Sporthalle ist nicht nur für die 32 Klassen umfassende Schule, sondern auch für den Winterbetrieb der Wiener Sportorganisationen wichtig. Die Mehrzweckhalle in der Großfeldsiedlung stellt in Wien und Österreich eine Novität dar. In der Satellitenstadt Großfeldsiedlung werden nach ihrer Vollendung 20.000 Menschen wohnen, für die ein solches Sportzentrum natürlich erst recht wichtig ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### Darlehen für Industriegelände-Aufschließung

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) beantragt, bei der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Aufschließung von Industriegelände ein Darlehen von zwei Millionen Schilling aufzunehmen und dieses zu den üblichen Bedingungen an die Firma KÖ-MA-Plastic zur Aufschließung eines Industriegeländes im 21. Bezirk, weiterzugeben. Das Unternehmen ist derzeit in gemieteten Räumen, die mit Juni kommenden Jahres geräumt werden müssen, untergebracht und benötigt den Kredit zur Schaffung eines neuen Betriebes.

GR. Lauscher (KLS): Die Schaffung von 120 neuen Arbeitsplätzen wird damit gewährleistet. Leider beabsichtigt zum selben Zeitpunkt der Aufsichtsrat der Elin-Union durch sogenannte Konzentrationsmaßnahmen die Auflassung von 1.200 Arbeitsplätzen. Die Mittel für das neue Werk der Elin in Floridsdorf seien noch keineswegs sichergestellt. Es ist zu hoffen, daß der ÖGB und die Sozialistische Partei die entsprechenden Beschlüsse fassen werden, um dieses Industriesterben in Wien zu verhindern.

GR. Wiesinger (SPÖ): Während die Bevölkerungszahl in Floridsdorf und Donaustadt um rund 30.000 gestiegen ist (seit 1951 eine fast 50prozentige Steigerung), ist die Zahl der Arbeitsplätze im Sinken. Dieses Industriesterben ist jedoch nicht zuletzt auf die Jahre nach 1945 zurückzuführen, als die Besatzungsmacht die Betriebe ausplünderte und bis zum Zusammenbruch ruinierte. Die verstaatlichte Industrie, unter Führung der Volkspartei, hat nun gleichfalls nicht die notwendige Förderung erfahren.

./.

So kam es in Floridsdorf so weit, daß eine Reihe bekannter Betriebe mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und in den letzten eineinhalb Jahren immerhin rund 1000 Arbeitsplätze verloren gingen. Die Gemeinde Wien will nun hier helfend eingreifen. Zur Schaffung von Industrien gehöre aber auch die notwendige Verkehrserschließung.

Berichterstatter GR.Dr.Bohmann (SPÖ) erklärt zusammenfassend, daß die Ansiedlung von Industriebetrieben links der Donau für diese Gebiete eine Lebensfrage ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### Soldatenfahrtscheine

GR.Hahn (ÖVP) referiert den Antrag, die Zahl der Soldatenfahrtscheine für Präsenzdienster pro Monat von 30.000 auf 40.000 zu erhöhen.

GR.Stockinger (SPÖ), erinnert an seine seinerzeitige Anfrage, derzufolge in verschiedenen Wiener Kasernen keine Fahrtscheine zur Verteilung gelangten. Nach der neuen Regelung werden in Wien jährlich 480.000 Fahrtscheine für Präsenzdienster ausgegeben, das heißt, daß pro Präsenzdienster und Monat zirka 10 Stück zur Verfügung stehen.

Schlußwort GR.Hahn: hofft, daß jetzt keine Mißstände bei der Vergabe auftreten werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

(Schluß der Sitzung)

- - -

Ständchen der Wipptaler Trachtenkapelle  
=====

27. September (RK) Im Arkadenhof des Wiener Rathauses gab heute die Wipptaler Trachtenkapelle aus Tirol ein Ständchen. Stadtrat Hubert Pfösch begrüßte in Vertretung des Bürgermeisters die Musikanten und dankte ihnen für ihre Darbietungen. Zur Erinnerung an Wien erhielt der Kapellmeister eine Johann Strauß-Figur aus Augartenporzellan und revanchierte sich mit einer Tiroler Glasvase.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

27. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Paprika 40 bis 50 Groschen je Stück, Paradeiser 2.50 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Wirtschaftsware 2.70 bis 5 S, Tafelware 6 bis 8 S, Weintrauben 5 bis 8 S je Kilogramm.

- - -